

# Bei der Zuwanderung liegt Deutschland hinten

Parteiübergreifend versucht jetzt eine Arbeitsgruppe, Vorschläge für die Migration zu erarbeiten

■ VON FREIA PETERS

**BERLIN** – Vielleicht, sagte der Chef der Mercator-Stiftung Bernhard Lorenz, werde anhand dieser Zahlen klar, wie sehr Deutschland beim Thema Zuwanderung bereits ins Hintertreffen geraten sei: 363 Hochqualifizierte wanderten von 2007 bis 2009 nach Deutschland ein. In Großbritannien waren es allein in den ersten drei Quartalen 2009 15 530 – also etwa 50-mal mehr in einem Viertel der Zeit. Weil die Problemlage eigentlich allen Parteien klar sei, aber niemand handele, riefen vier deutsche Stiftungen am Dienstag eine „hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung“ unter der Leitung von Armin Laschet (CDU) und Peter Struck (SPD) ins Leben.

„Das Problem rauscht so an uns vorbei“, sagte der ehemalige NRW-Integrationsminister Laschet, „aber auf die Frage, was man dagegen tut, gibt es

noch keine Antwort.“ Im Oktober will die Arbeitsgruppe Bundestag und Bundesrat einen Vorschlag machen, wie die Zuwanderung neu gestaltet werden soll. Das seit 2005 geltende Zuwanderungsgesetz stelle zu hohe Anforderungen an potenzielle Einwanderer und trage zudem schon das falsche Signal im Titel, so Laschet: Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Arbeitsgrundlage für eine Neuausrichtung der Integrationspolitik soll das Gutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) sein. Darin wird eine „Runderneuerung“ der Zuwanderungspolitik gefordert.

## Die Gruppe der Elderstatesmen

„Ich bin jetzt gerade 50 geworden“, sagte Laschet. „2005 gab es 23 Prozent über 50-Jährige auf dem deutschen Arbeitsmarkt. 2010 waren es 27 Prozent, 2015 werden es etwa 31 Prozent sein. In 15 Jahren sind die im Ruhestand. Da muss man sich doch die Frage stellen: Wer arbeitet dann für den Wohlstand dieses Landes?“ Knapper hielt es der ehemalige Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) mit der Begrüßung. „Ich bin wieder da – diesmal als Elderstatesman.“ Struck kündigte an, unter anderem für eine deutliche Senkung des Mindesteinkommens von Zuwanderern von derzeit 66 000 Euro Jahresbrutto einzutreten. Neben Struck und Laschet werden der Grup-

## Roth kritisiert Flüchtlingspolitik

• **Italien** Die jetzt gebildete überparteiliche Konsensgruppe soll sich auch mit der Flüchtlingspolitik beschäftigen. Grünen-Chefin Claudia Roth hat der Bundesregierung eine Mitschuld an der Odyssee der nordafrikanischen Flüchtlinge in

Südeuropa gegeben. „Was sich gegenwärtig in Ventimiglia abspielt, ist ein erschreckendes Trauerspiel europäischer Flüchtlingspolitik. Dafür sind auch die Bundesregierung und dort insbesondere die CSU mitverantwortlich“, sagte sie. Frankreich

hatte den Grenzübergang zu Ventimiglia zeitweise geschlossen, um so die Einreise tunesischer Flüchtlinge zu verhindern. Roth forderte die Bundesregierung auf, sich für eine europäische Lösung einzusetzen. *dpa*

pe elf weitere Mitglieder angehören. Ein Gewerkschafts-, ein Arbeitgebervertreter, weiterhin vornehmlich Politiker, die tagesaktuell nicht mehr involviert sind: Herta Däubler-Gmelin (SPD), Franz Müntefering (SPD), Rita Süssmuth (CDU), Theo Waigel (CSU). Damit solle den aktiven Politikern Arbeit abgenommen werden.

„Wir müssen eben das Thema aus dem Parteienstreit herausholen“, sagte Laschet. Auch Grüne und FDP sind in der Konsensgruppe vertreten, die Linken jedoch nehmen nicht teil. „Die Gruppe, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, ist am ehesten dazu fähig, einen Konsens zu finden“, sagte Struck auf die Frage, warum von den Linken niemand eingeladen wurde. Das Thema werde zum Zankapfel der Parteien, ergänzte Laschet, da verlaufe das

Spannungsfeld vor allem zwischen den Zuwanderungsskeptikern und denjenigen, die aufgrund ihres sozialen Engagements zu hohe Forderungen an die Arbeitsbedingungen von Zuwanderern knüpfen. Die Konsensgruppe nun sei eine neue Form des Engagements, die versuchen wolle, wissenschaftlichen Sachverstand in die politische Umsetzung zu bringen. Mitte Mai wird sich die Gruppe zum ersten Mal treffen, um die Schwerpunkte des Vorschlags festzulegen. In insgesamt drei ganztägigen Sitzungen solle der Reformvorschlag erarbeitet werden.

Der SVR hatte in seinem Jahresgutachten in der vergangenen Woche drei Eckpunkte für eine Neuausrichtung der Integrationspolitik vorgeschlagen: Das Mindesteinkommen von Zuwanderern solle von 66 000 Euro Jahres-

brutto auf rund 40 000 Euro gesenkt werden. Ausländische Studenten sollen statt eines Jahrs zwei Jahre Zeit bekommen, eine Anstellung zu finden. Drittens solle ein flexibles Punktesystem auf den derzeit am stärksten vom Fachkräftemangel betroffenen MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) eingeführt werden. Nach jüngsten Berechnungen könnten im Jahr 2015 bereits drei Millionen Arbeitskräfte in Deutschland fehlen.

Die neue Expertengruppe wird aller Voraussicht nach versuchen, für diese drei Punkte einen Konsens zu finden. Die größte Herausforderung wird darin bestehen, die CSU für diese Positionen zu begeistern, die stets betont, zunächst die eigenen Arbeitnehmer nachqualifizieren zu wollen, anstatt neue anzuwerben. Dies allein genüge nicht, mahnen Experten wie der SVR-Vorsitzende Klaus J. Bade: „Deutschland braucht eine doppelte Offensive: Qualifizierung im Innern und qualifizierte Zuwanderung von außen.“ Schließlich hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten unter allen OECD-Ländern die mit am schlechtesten qualifizierten Einwanderer angezogen. Tatsächlich erwarte er etwa von der am 1. Mai beginnenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, dass „eher gering qualifizierte Menschen“ nach Deutschland kommen. „Die Besten“ seien längst woanders. /